

Beschluss der 24.Landesmitgliederversammlung (LMV) in Wunsiedel
vom 27. bis 29. März 2009

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Präambel

Trotz vieler guter Ideen sind die Grünen mit ihrem wirtschaftspolitischen Konzept noch nicht bei der Maße der Bevölkerung durchgedrungen. Umfragen zeigen regelmäßig, dass die Wählerinnen und Whler uns in Fragen der Wirtschaft wenig Kompetenz zu sprechen. Die GRÜNE JUGEND Bayern will unter Beweis stellen, dass sich auch mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben lassen und stellt im folgenden ihre Eckpunkte für eine gerechte, ökologische und nachhaltige Wirtschaftspolitik in Bayern vor.

Dabei haben wir schon einige Forderungen

zur Wirtschaftspolitik formuliert, diese jedoch unter andere Politikfelder eingearbeitet. Förderung der erneuerbaren Energien sortieren wir eher bei Ökologie und Energiepolitik ein, die Forderung nach Gleichstellung in Wissenschaft und Wirtschaft ist in der Geschlechter- und Frauenpolitik verankert, die Abschaffung des Bchergeldes und der Studiengebühren ist für uns eher Schul- bzw. Hochschulpolitik. Dies alles ist jedoch auch Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ist eines aber klar. Wir wollen kein freies Spiel der Märkte, wenn dabei die Gesellschaft vor die Hunde geht. Für uns sind Solidarität, Schutz der Umwelt für nachkommende Generationen und nachhaltiges Wirtschaften die Werte, die wir in der Wirtschaftspolitik ansetzen wollen.

1. Die Konsequenzen aus der Finanzkrise ziehen!

Die aktuelle Finanzkrise hat bereits zu einem Umdenken in einigen Fragen der internationalen Koordinierung der Finanzpolitik geführt: Nachdem das Gebaren von Steueroasen jahrzehntelang toleriert wurde, wird jetzt ernsthaft und erfolgreich Druck ausgeübt. Nachdem noch im vergangenen Jahr Initiativen der deutschen Bundesregierung auf eine umfassende Kontrolle aller Finanzmarktakteure von den angelsächsischen Ländern zurückgewiesen wurde, ist eine solche Forderung inzwischen ein Gemeinplatz. Nachdem in den Finanzkrisen der 90er Jahre insbesondere den südostasiatischen Ländern eine koordinierte Rettung ihrer Finanzsysteme mit Verweis auf die Selbstreinigungskrfte freier Märkte untersagt worden ist, finden Verstaatlichungen von Schlsselinstituten der Finanzindustrie als Reaktion auf eine systemgefhrende Krise in praktisch allen westlichen Industrieländern statt.

Die entscheidende Frage, die in kommenden Jahren zu beantworten steht, ist die, wie weit die Reformen der vergangenen 40 Jahre rückgängig gemacht werden: In den 50er und 60er Jahren waren die Finanzmärkte der westlichen Industrieländer in einem Ausmaß reguliert, das heutzutage geradezu undenkbar erscheint: Devisenbewirtschaftung, Kapitalverkehrskontrollen, quantitative Kontrollen der Kreditvergabe, Regulierung der Einlagezinsen durch die Zentralbanken, direkte Eingriffe in die Produktion zur Stabilisierung der Ölpreise und regulatorische Begünstigung bestimmter Sektoren wie dem sozialen Wohnungsbau waren nichts Ungewöhnliches. Wenngleich die 50er und 60er Jahre sicherlich eine andere Zeit waren und nicht alle diese Maßnahmen auch aus damaliger Sicht richtig waren, können wir doch heute von der politischen Attitüde gegenüber der Finanzmärkte dieser Zeit lernen - schließlich kennzeichneten sich jene beiden Jahrzehnte dadurch,

dass Finanzkrisen praktisch nicht existent waren.

Die Finanzkrise erlaubt es uns, tabulos über Fragen nachzudenken, über die nachzudenken in den vergangenen Jahren noch als unanständig galt. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass die Industrieländer und die OPEC-Staaten zu einem Übereinkommen zur Eindämmung der enormen Fluktuation der Ölpreise kommen. So sollte über eine Steuer nachgedacht werden, die es Ländern mit einem festen Wechselkurssystemen erlaubt, ihre Währungen gegen spekulative Attacken zu verteidigen. So sollten Schwellenländer dazu ermutigt werden, moderate Kapitalverkehrskontrollen zur Eindämmung allzu kurzfristiger Kapitalströme einzuführen, wie dies einige lateinamerikanische Länder in Reaktion auf die Finanzkrise Anfang der Jahrzehnts getan haben.

Doch dieses Fenster ist nicht lange offen. Schon bald wird die aktuelle Finanzkrise von Ideologen uminterpretiert werden, nicht als Versagen von Akteuren an den Finanzmärkten, sondern als Resultat politischer Manipulationen. Wenn die notwendigen Debatten bis dahin nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, ist die Chance auf einen nachhaltigen Umbau der Finanzmärkte verschenkt.

2. Den Wohlstand Bayerns nachhaltig sichern!

Nach dem 2. Weltkrieg war Bayern das ärmste aller Bundesländer. Das Pro-Kopf-Einkommen der Bayern lag lediglich bei 90% des bundesdeutschen Durchschnitts und bis zum Jahre 1989 war Bayern ein Profiteur aus dem Länderfinanzausgleich.

Dass es sich heute anders verhält hat die bayerische Wirtschaft einer Reihe an Faktoren zu verdanken, ist erster Linie dem Umstand, dass die Industrien die sich vor oder kurz nach dem 2. Weltkrieg in Bayern angesiedelt hatten durch den Strukturwandel begünstigt wurden. Auch sollte nicht vernachlässigt werden, dass zahlreiche bekannte bayerische Unternehmen vor der kommunistischen Diktatur in der DDR ihren Produktionsschwerpunkt nach Bayern verlagerten - SIEMENS und Knorr-Bremse hatten ihren Sitz ursprünglich in Berlin, Audi in Zwickau (in jenem Werk wurde später der Trabant produziert) und BMW war ursprünglich ein Hersteller von Flugzeugmotoren - Autos stellte die Unternehmung von dem 2. Weltkrieg nur in Eisenach her. Auch ist München nach Frankfurt am Main der zweitgrößte Finanzplatz Deutschlands und profitierte als solcher erheblich von dessen Anwachsen in den 80er und 90er Jahren. Die CSU hat den bayerischen Wohlstand nicht geschaffen und sie ist auch kein Garant dafür, dass er erhalten bleibt.

Wenn aber der vergangene Strukturwandel den bayerischen Wohlstand geschaffen hat, so kann der kommende Strukturwandel ihn wieder gefährden. Noch hängt einer populären Statistik zufolge jeder 6. Arbeitsplatz in Deutschland an der Autoindustrie - in Bayern dürften es aufgrund von Firmen wie BMW, MAN, und Audi deutlich mehr sein. Vollkommen unabhängig von der Finanzkrise kann sich dieser Umstand in Zukunft als ein erhebliches Problem herausstellen: Wie die OECD in ihrem Bericht "Going for Growth" feststellt, hat die Autoindustrie in den vergangenen Jahren eine enorme Überproduktion an den Tag gelegt und wird vollkommen unabhängig von der Finanzkrise in kommenden Jahren schrumpfen.

Auf längere Sicht steht die bayerische Wirtschaft den Herausforderungen des Klimawandels gegenüber - und es ist fraglich, inwieweit sie hier gut aufgestellt ist. Weder hat Bayern in der Regenerativen-Energien-Branche eine starke Position noch sind die bayerischen Großunternehmen besonders gerüstet - der Automobilsektor wird durch die Entwicklung des Elektroautos erheblich unter Druck geraten, alteingesessene Hersteller haben durch ihre bisherige Produktionserfahrung praktisch keine Wettbewerbsvorteile. Dies zeigt sich insbesondere daran, dass die am weitesten entwickelten Elektroautos von bisher unbekanntem Firmen hergestellt werden: Tesla aus Kalifornien

und BYD aus China. Und die Entwicklerfirma des innovativen Loremo ist von ihrem ursprünglichen Standort bei München nach Dorsten in Nordrhein-Westfalen, weil in Bayern weder private Investoren noch ein Interesse von öffentlicher Seite an einem neuartig gedachten Automobilkonzept ausreichen zu finden war.

Wir fordern die Bayerische Wirtschaft zu nachhaltigem und umsichtigem Wirtschaften auf! Es kann und darf nicht angehen, dass es Aufgabe des Staates wird, Fehlinvestitionen unsauber agierender Anleger auszugleichen und damit eine solche Unternehmenspolitik auch noch zu fördern, die nicht langfristig denkt. Gewinne zu privatisieren und Risiken dagegen zu verstaatlichen? Das ist mit uns nicht drin!

Wir fordern daher,

- ein Strukturprogramm zur stärkeren Ausrichtung der bayerischen Wirtschaft auf zukünftige Herausforderungen.
- dass in enger Zusammenarbeit zwischen universitärer Forschung und Industrie Technologien hin zu einer regenerativen Energiewirtschaft entwickelt und gefördert werden.
- dass insbesondere in Zeiten genereller Kreditknappheit, wo die Gefahr droht, dass Unternehmen langfristig ausgerichtete Forschungsprojekte zugunsten kurzfristiger Liquiditätsüberlegungen vernachlässigen, ein Schwerpunkt staatlicher Förderung des Freistaats auf jene Bereiche setzen muss.

3. Echte Wirtschaftspolitik ist nachhaltig - sozial und ökologisch

Die Wirtschaftspolitik orientiert sich an vielen unterschiedlichen Gesichtspunkten, oftmals spielen soziale und ökologische Standards eine untergeordnete Rolle. Es kann nicht sein, dass sich ökologische Schäden finanziell lohnen. Die folgenden Fälle sind nur einige Beispiele. Wir müssen in allen Bereichen stärker auf die ökologischen Belange achten, oftmals sind diese ohnehin auch sozial:

Atomenergie

Das Risiko eines Super-GAU lässt sich nicht versichern, die Kosten bei einem Strahlungsausbruch zahlen also wir alle - gesundheitlich und finanziell. Des Weiteren ist die Frage der Endlagerung weiterhin nicht geklärt! Hier gehören die Energieunternehmen, die Atomstrom produzieren, in die Verantwortung. Bei der Energieforschung wird ebenfalls noch in die Atomforschung investiert. Wir wollen, dass noch Forschung für den Rückbau von AKWs betrieben werden darf und in der Endlagersuche und Endlagersicherung investiert wird.

Erneuerbare Energien - der Wachstumsgarant für die Zukunft

Die Umstellung der Energiewirtschaft ist die Aufgabe, die in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Die Energieunternehmen machen seit Jahren satte Gewinne und investieren diese nicht in den Umbau des Kraftwerkspark - hin zu einer erneuerbaren Energieversorgung. Auf kommunaler Ebene müssen viel mehr Anreize geschaffen werden, Gebäude ökologisch zu sanieren und Neubauten ökologisch auszurichten.

Kerosin

Derzeit ist der kommerzielle Kerosinverbrauch nach der Gesetzgebung aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union steuerfrei – mit Ausnahme der Niederlande. Der Flughafen München gewährt sogar Kerosinzuschüsse für Langstreckenflüge in Höhe von 13 Euro pro 1000 Liter. Diese Subventionen sind einerseits ökologisch schädlich und begünstigen Menschen, die sich Flüge überhaupt leisten können. Dies sind eben nicht die Armen Leute. Die Subventionspraktiken für den Flugverkehr müssen ein Ende haben!

Flächenfraß

Ob Flughafenausbau, Verbreiterung von Autobahnen, die Einkaufszentren auf der grünen Wiese oder unzählige weitere Ausweisung von Gewerbegebieten und Neubauf Flächen. Wir glauben, dass wir ausreichend Natur geschädigt und Flächen versiegelt haben. Jede versiegelte Fläche ist ein Stück Verlust Natur. Wir wollen daher ein Flächenversiegelungsmoratorium, d.h. den Aufschub weiterer Versiegelung. Nur wenn bestehende Versiegelungsflächen aufgebrochen und renaturiert werden, dürfen zusätzliche Flächen versiegelt werden.

Wir fordern deshalb,

- einen Stopp der Forschungsgelder für die Atomindustrie.
- eine Beteiligung der Atomindustrie an den Kosten der Endlagerung und bei der Sicherung der Asse.
- einen sofortigen Stopp der Kerosinzuschüsse des Flughafen Münchens.
- den Stopp der Planungen zum Ausbau der Dritten Startbahn am Münchner Flughafen.
- die Streichung der A96 und der vierspurigen Fichtelgebirgsautobahn aus dem Bundesverkehrswegeplan.
- eine EU-weite Einführung einer Kerosinsteuer.
- mehr Forschungsgelder in Erneuerbare Energien.
- die Passivhaus-, Sonnenhaus- oder Plus-Energie-Bauweise als Neubaustandard.
- ökologische Sanierungen zu fördern.
- Flächenversiegelungsmoratorium für Deutschland - wer neu bauen will muss bestehende versiegelte Flächen nutzen oder renaturieren!

4. Keine Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen

Für uns ist Wirtschaftspolitik ohne den Blick auf die Bevölkerung nicht zu machen.

Den Armen mehr Geld

Die Armutsberichte der letzten Jahre zeigen einen Trend: Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer. Dabei hat es immer wieder Debatten um die HartzIV-Gesetze gegeben. Die GRÜNE JUGEND war ggü. den HartzIV-Gesetzen immer sehr kritisch gewesen und bleibt es auch weiterhin. HartzIV muss nachgebessert werden und es muss danach auch weitergehen

Mindestlebenshaltung sichern

Artikel 169, Absatz 1 der bayerischen Verfassung widmet sich Mindestlöhnen: "Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen." Diese Formulierung muss endlich mit Leben und mit einem Gesetz erfüllt werden

Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen

Es fängt bei den Kindergartenplätzen an und endet bei Studiengebühren: Bildung hängt vom Geldbeutel ab. Gerade die Kosten für einen Kindergartenplatz sind bei finanzschwachen Familien ein Geldbetrag, der erstmal aufzubringen ist. Wer dann noch arbeitslos ist, tut sich u.U. schwerer einen Job zu finden, wenn noch ein Kind zu Hause Aufmerksamkeit braucht. In der schulischen Bildung fallen ebenfalls ein Haufen Kosten an: Unterrichtsmaterialien, von den Stiften bis zu Töpfermaterial im Kunstunterricht, Büchergeld, Kopiergeld oder Schulmensa. Im Hochschulbereich muss ebenfalls jegliche finanzielle Hürden genommen werden ein Studium aufnehmen zu können und nach dem Studium ohne Schulden ins Arbeitsleben zu treten. Das Bundesland Hessen hat die Studiengebühren wieder abgeschafft. Nach der Neuwahl strebt keine Partei mehr die



Wiedereinführung an. Ebenso hat Österreich die Studiengebühren wieder eingestellt. Gerade Bayern steht damit in direkter Konkurrenz zu diesen Ländern.

Daher fordern wir,

- eine sofortige Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze auf 450€
- die Entwicklung eines finanzierbaren Konzepts, dass die Folgen der zunehmenden Automatisierung, insbesondere auf den Niedriglohnsektor, abmildert und allen Menschen ein würdiges Leben in der Gesellschaft ermöglicht
- eine Regelung, die so ausgestaltet ist, dass die Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie gesichert ermöglicht wird
- kostenlose Krippen- und Kindergartenplätze für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr
- kostenlose schulische Ausbildung, der Staat muss hier die Gelder für die SchülerInnen bereitstellen, d.h. KEIN Geld für Unterrichtsmaterialien, KEIN Büchergeld, KEIN Kopiergeld, KEINE Kosten für Hausaufgabenhilfe, KEIN Geld für das Essen in der Schulmensa.
- die Einführung von Studiengebühren rückgängig zu machen

Darüber hinaus fordern wir

- eine "Schule für alle" mit einem höheren Anteil, der die Hochschulzugangsberechtigung erlangt, um mehr qualifizierte AbsolventInnen zu bekommen

5. Gerechtigkeit

Lohnungerechtigkeit

In der EU hat Deutschland mit 23 Prozent fast das höchste Lohngefälle zwischen Frauen und Männern. Die Führungspositionen der deutschen Wirtschaft sind fest in Männerhand. In den Vorständen der 30 DAX-Unternehmen findet sich nur eine Frau. Den Unternehmen geht mit dieser Männerwirtschaft viel kreatives Potenzial verloren.

Unterschiedliche Standards

Bei HartzIV spielt die Bedarfsgemeinschaft eine Rolle, bei der auch Personen für den Unterhalt aufkommen müssen, die nicht unbedingt verheiratet oder verwandt sind. Es kann also einen finanziellen Vorteil bringen, wenn Personen, die sich eigentlich nahe stehen, diese Verbindung unterbinden. Wir wollen, dass der Staat zwischenmenschliche Bindungen fördert und diese nicht durch Gesetze schlechter stellt. Bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gibt es ebenfalls noch keine Gleichstellung mit der Ehe.

Wir fordern daher,

- mehr Anstrengungen, die Lohnungerechtigkeiten zu beseitigen
- Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft
- Frauen-Quote für die Aufsichtsräte
- gleiche Steuerprivilegien für gleichgeschlechtliche Partnerschaften wie für Ehepaare und darüber hinaus keine rechtlichen oder sonstigen Nachteile

6. Arbeitsmarktöffnung

Spätestens 2011 wird der deutsche Arbeitsmarkt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den "neuen" EU-Ländern geöffnet. Deutschland ist damit eines der letzten Länder, das diesen Schritt geht. Dies ist nicht zuletzt der CSU zu verdanken, die schon seit längerem unbegründet Ängste in



der Bevölkerung vor Massenarbeitslosigkeit in Bayern schürt. Ganz im Gegenteil konnte man am Beispiel vieler Länder sehen, dass sich die erhöhte Zuwanderung infolge der Arbeitsmarktöffnung positiv auf die heimische Wirtschaft ausgewirkt hat. Experten warnen bereits vor den dramatischen sozialen und wirtschaftlichen Folgen, wenn Zuwanderung ausbleiben sollte.

Deshalb fordern wir entschieden

- von der CSU objektive Betrachtung der Sachlage
- rechtzeitige Aufklärungskampagnen, um die Meinungsbildung der Bevölkerung positiv zu beeinflussen
- Anstrengungen, grenzüberschreitende regionale Wirtschaftsräume auszubauen

Darüber hinaus fordern wir:

- Anerkennung von Abschlüssen aus Nicht-EU-Ländern muss besser geregelt werden. Oftmals wird ein ausländisches Studium gar nicht anerkannt anstelle es mit einem Fachhochschulstudium gleichzustellen. Die gestuften Studiengänge bieten hier ebenfalls eine Möglichkeit unterschiedliche Niveaus anzusetzen.